



Interviews

Datum: 03. März 2023

Reinhard Bispinck im Gespräch mit Friedbert Meurer

Friedbert Meurer: Wichtigstes, vielleicht wichtigstes Thema für viele Pendlerinnen und Pendler heute ist: Im Öffentlichen Dienst wird gestreikt bei den öffentlichen Nahverkehren, nicht bei der Bahn selbst. Aber doch vielerorts fahren Busse und Bahnen nicht, wenn sie kommunale Träger haben. Millionen werden davon heute betroffen sein. Nichts geht mehr in vielen Städten in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz. Dahinter stehen die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften fordern über zehn Prozent mehr, wegen der hohen Inflation. Den Arbeitgebern von Bund und Kommunen ist das zu viel.

Reinhard Bispinck war Wissenschaftlicher Leiter des Tarifarchivs bei der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Guten Morgen, Herr Bispinck!

Reinhard Bispinck: Guten Morgen, Herr Meurer.

Meurer: Ist das, wenn Sie geschichtlich ein bisschen Revue passieren lassen, schon eine sehr außergewöhnliche Tarifrunde?

Bispinck: Ja, es ist schon eine herausragende Tarifrunde, weil die Rahmenbedingungen so besondere sind. Das ist ja eine Tarifrunde im Ausklingen der Corona-Krise, die noch ihre Spuren zeitigt. Wir hatten im vergangenen Jahr eine Inflationsrate so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr und – das ist für die Tarifrunde besonders wichtig – wir hatten im vergangenen Jahr auch einen Reallohn-Verlust bei den Beschäftigten von, kann man sagen, historischem Ausmaß, was wir so Jahrzehnte nicht mehr hatten. Vor dem Hintergrund muss man jetzt sowohl die Forderungen der Gewerkschaften als auch die Auseinandersetzung, die wir jetzt mit Warnstreiks etc. erleben, einordnen. Das ist schon was Besonderes, ja.

Meurer: Wieso waren die Tarifierhebungen letztes Jahr relativ niedrig, im Schnitt zweieinhalb Prozent?

Bispinck: Das hängt damit zusammen, dass zum Teil für das vergangene Jahr noch Tarifabschlüsse da waren, die aus dem Vorjahr stammten, zweistufige Abschlüsse, die relativ

niedrige Raten für 2022 vorsahen. Das zweite ist: In den Abschlüssen, die im letzten Jahr neu getätigt wurden, etwa bei Metall und in der chemischen Industrie, sind die eigentlichen Tarifsteigerungen, die da vereinbart wurden, welche für 2023, so dass die Bilanz für das vergangene Jahr relativ bescheiden ist. Das Statistische Bundesamt hat ja gestern mitgeteilt, 2,2 Prozent plus bei einer Inflationsrate von 6,9 Prozent. Da muss man nicht viel rechnen können, um zu sehen, dass das ein großes Minus ist.

Meurer: Das ist jetzt der Grund, warum die Gewerkschaften Verdi oder auch der Deutsche Beamtenbund darauf kommen, 10,5 Prozent mehr zu fordern oder pro Person mindestens 500 Euro mehr im Monat. Wie kamen Verdi und Beamtenbund auf eine so stattliche Zahl, mindestens 500 Euro pro Person?

Bispinck: Das deutet darauf hin, dass es einen besonderen Schwerpunkt gibt in dieser Tarifrunde, nicht nur im Öffentlichen Dienst, auch in zahlreichen anderen Branchen, auf die niedrigen Einkommen. Wenn man einen Mindestbetrag von 500 oder 550 Euro fordert, dann ist klar, davon profitieren Geringverdiener stärker als Beschäftigte mit einem hohen Einkommen. Das hat auch seine Ursache darin, dass diese Beschäftigten auch unter der Inflationsrate besonders stark leiden. Sie geben einen hohen Anteil ihres Einkommens für den alltäglichen Bedarf aus, für Lebensmittel. Die sind besonders teuer geworden. Und wir beobachten, dass die Inflationsrate für solche Beschäftigten bei über zehn Prozent liegt. Das ist bei Leuten mit einem mittleren oder gehobenen Einkommen deutlich niedriger. Das soll dem Rechnung tragen, indem man sagt, mindestens ein Betrag von in diesem Fall 500 beziehungsweise 550 Euro, um dem Rechnung zu tragen.

Meurer: Jetzt bieten ja die öffentlichen Arbeitgeber eine, ich sage mal, berühmte Einmalzahlung an. Die ist schon vielfach angewendet worden. Die Bundesregierung hat eingeführt, dass in solchen Fällen eine einmalige Inflationsausgleichsprämie bezahlt werden kann, bis 3000 Euro steuerfrei, abgabenfrei. Ich lese jetzt von zweieinhalb tausend Euro steuerfrei und abgabenfrei. Das ist ziemlich viel Geld. Warum sind Sie dagegen?

Bispinck: Ich bin nicht dagegen. Ich bin nur dafür, dass man die Risiken und Nebenwirkungen, wie es immer so schön heißt, genau beachtet. Natürlich ist das auf den ersten Blick hoch attraktiv. Wer zweieinhalb tausend – ich könnte mir auch vorstellen, dass die öffentlichen Arbeitgeber am Schluss sagen, auch 3000 Euro – Brutto für Netto bekommt, dann klingt das in den Ohren derjenigen, die es bekommen sollen, immer sehr, sehr attraktiv. Das ist es auch im ersten Jahr, aber es gibt Modellrechnungen, bei denen herauskommt, dass bereits ab dem zweiten Jahr sich Beschäftigte, die stattdessen eine durchgehende Tariferhöhung

hung bekommen, besserstehen. Man hat diesen positiven Effekt im ersten Jahr und im zweiten Jahr fällt diese Einmalzahlung weg und sie ist dann nicht mehr Grundlage der weiteren Tarifierhöhungen. Das summiert sich im Laufe der Jahre auf und man kann sagen, dass nach fünf Jahren bei einem Durchschnittseinkommen von 4000 Euro Brutto im Monat die Beschäftigten mehrere tausend Euro Einkommensverlust haben, die sie bei durchgehender Tarifierhebung bekommen hätten. Das wird nur meistens nicht hinreichend beachtet. Ich höre aber von Verdi durchaus Stimmen, dass man sich dieses Risikos bewusst ist, und man wird abwarten müssen, was am Schluss dann dabei herauskommt.

Meurer: Es spricht vieles dafür, dass es ein Bestandteil der Lösung sein wird. Sie sagten, Sie sind nicht komplett dagegen. Für was sind Sie denn?

Bispinck: Ich wäre für einen Abschluss, der mindestens einen Ausgleich der laufenden Inflation für die Beschäftigten bringt. Man muss auch gewissermaßen den Nachholbedarf aus dem vergangenen Jahr berücksichtigen. Alle Voraussagen für dieses Jahr sagen ja, dass wir eine Inflationsrate zwischen vier, fünf Prozent am unteren Ende oder sieben bis acht Prozent am oberen Ende haben, und das ist sicherlich eine Zielmarke, die Sinn macht – nicht nur für die Beschäftigten, die es sicherlich am dringendsten brauchen. Es macht auch gesamtwirtschaftlich Sinn, weil wir wissen, ...

Meurer: Ja, wirklich? – Viele sagen, das kurbelt die Lohn-Preis-Spirale an.

Bispinck: Das sehe ich gar nicht. Lohn-Preis-Spirale halte ich im Moment für einen Mythos. Im vergangenen Jahr hatten wir das Gegenteil von einer Lohn-Preis-Spirale. Da sind die Löhne weit hinterhergehinkt. Im Moment sehen wir zumindest ...

Meurer: Aber da waren ja auch die Steigerungen niedrig letztes Jahr.

Bispinck: richtig! – Ja, das ist schon klar. In diesem Jahr wären höhere Steigerungen deswegen sinnvoll, weil sie den Inflationsausgleich vielleicht erreichen könnten, und sie machen auch gesamtwirtschaftlich Sinn, denn wenn wir ein drittes Jahr hintereinander mit Realeinkommensverlusten hätten, dann wäre das gesamtwirtschaftlich auch wenig sinnvoll. Wir hätten Nachfrageausfall, wir hätten eine Konsumschwäche und das ist das, was wir im Moment nun sicherlich gar nicht brauchen können. Und es gibt im Übrigen auch, Herr Meurer, das ist wichtig, gar keinen Automatismus, dass höhere Tarifabschlüsse sich automatisch dann in

eine Lohn-Preis-Spirale umsetzen. Wir haben im Augenblick eigentlich eher so was wie eine Gewinn-Preis-Spirale, zumindest in einigen Branchen.

Meurer: Es werden einige aber auch sagen, Gerechtigkeit. Wenn man sich andere Abschlüsse anschaut im privaten Bereich und dann im öffentlichen Bereich, wo die Arbeitsplätze sicher sind, 500 Euro mehr pro Person. Ist das angemessen?

Bispinck: Das ist deswegen angemessen, weil der Öffentliche Dienst nicht immer nur der Bereich ist, in dem wir hohe und sichere Einkommen unterstellen können. Ich habe mir die Entgelttabelle noch mal angeschaut. In den untersten fünf Entgeltgruppen im Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes liegen die Stundenverdienste in der Eingangsstufe zwischen 12, 13, 14, 15 Euro. Zwölf Euro, das ist gerade mal der Mindestlohn. Und man muss schon daran denken, dass diese Beschäftigten mit ihren Gehältern zwischen zweieinhalb und vielleicht 3000 Euro Brutto im Monat auch über die Runden kommen müssen. Da ist diese Zielmarke 500 Euro sicherlich nicht zu hoch. Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich sage, es wird im Tarifabschluss nicht das drinstehen, was Verdi in die Forderungen reingeschrieben hat. Das muss auch berücksichtigt werden.

Meurer: Da Sie, Herr Bispinck, so lange Tarifgeschichte verfolgt haben bei der Hans-Böckler-Stiftung, hat es das jemals schon mal gegeben, dass Verdi oder eine andere große Gewerkschaft mit Umweltschützern zusammen streikt? Das ist ja heute eine gemeinsame Aktion auch mit den Klimastreikaktionen von Fridays for Future.

Bispinck: Ja, das hat schon einen gewissen einmaligen Charakter. Das stimmt. Wir haben uns ja daran gewöhnt, dass wir auf der einen Seite die Klimadiskussion haben, auf der anderen Seite die sozialen Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen. Hier haben wir das erste Mal ein Zusammentreffen dieser beiden Bewegungen und das kommt, glaube ich, nicht von Ungefähr, dass es heute Streiks im öffentlichen Nahverkehr gibt und die Aktionen der Klimabewegung, die ja, wenn Sie so wollen, das eigentlich betonen wollen, dass wir einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr brauchen. Der muss gut bezahlt sein. Daher die Tarifrunde. Und von daher kommen hier soziale und Klimaaspekte zusammen. Das ist schon interessant und in der Form kann ich mich nicht erinnern, dass es das schon in der Breite mal gegeben hat.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.